

Adoption soll erleichtert werden

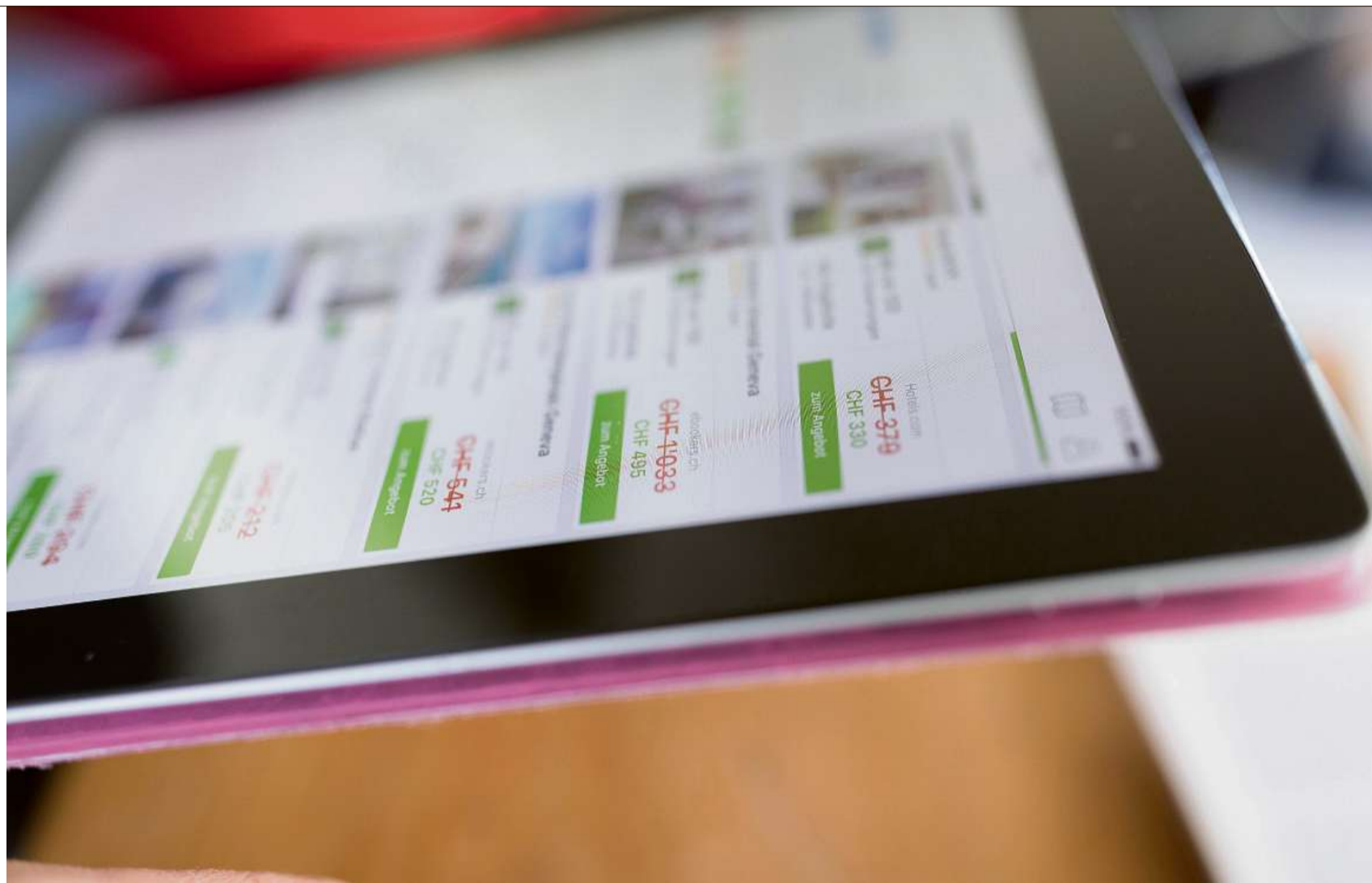
Der Nationalrat will die Stiefkinderadoption erleichtern. Dafür soll die Voraussetzung eines einjährigen Pflegeverhältnisses entfallen. Im Weiteren verstärkte der Rat den Rechtsschutz für im Ausland durch Fortpflanzungsmedizin oder Samenspende gezeugte Kinder. Die Anpassungen sind Folge der 2021 vom Volk angenommenen Ehe für alle und stellen gleichgeschlechtliche Paare heterosexuellen Paaren gleich. Die Voraussetzung des einjährigen Pflegeverhältnisses als Adoptionsbedingung soll entfallen, wenn der leibliche Elternteil bereits bei Geburt des Kindes mit dem Adoptionswilligen zusammenlebt. Jetzt ist der Ständerat am Zug. (sda)

Impfstoffe: Nicht alle Käufe gedeckt

Beim Kauf von Impfstoffen gegen Covid-19 durch die Schweiz sind in zwei Fällen Verträge und Zahlungen wohl nicht durch Kredite gedeckt gewesen. Zu diesem Schluss kommt der Bund. Gesundheitsminister Alain Berset stellte die Ergebnisse dieser Abklärungen am Mittwochmorgen der Finanzkommission des Nationalrats vor. Diese zeigte sich alles andere als erfreut darüber. «Es liegt ein klares Versäumnis vor, indem das Parlament aussen vor gelassen wurde», sagte Kommissionsvizepräsidentin Sarah Wyss (SP, Basel-Stadt). Das Parlament habe dadurch weniger Handlungsspielraum. So könne es den vom Bundesrat beantragten Nachtragskredit für das Jahr 2022 in Höhe von 172 Millionen Franken nicht mehr ohne Konsequenzen kürzen. (sda)

Israels Präsident besucht Basel

Ende August findet die Feier des 125-Jahr-Jubiläums des ersten Zionistenkongresses in Basel statt. Die Feierlichkeiten gehen am 28. und 29. August im Stadtcasino und im Congress Center Basel über die Bühne. Über 1000 Jüdinnen und Juden aus der ganzen Welt werden in die Rheinstadt kommen, wie der Basler Regierungspräsident Beat Jans am Mittwoch vor den Medien sagte. Erwartet werde unter anderem auch der israelische Staatspräsident Jitzchak Herzog. Ende August 1897 fand im Musiksaal des Stadtcasinos Basel auf Initiative von Theodor Herzl der erste Zionistenkongress statt, der als Ursprung zur späteren Gründung des Staates Israel gilt. Insgesamt fanden zehn der 22 Kongresse vor der Staatsgründung in Basel statt. (sda)



Das Parlament greift ein: Buchungsplattformen dürfen Hotels in Sachen Preis- und Angebotsgestaltung keine Vorgaben mehr machen.

Bild Gaëtan Bally / Keystone

Buchungsplattformen dürfen keine Preise mehr diktieren

Hotels sollen Zimmer auf der eigenen Website günstiger anbieten dürfen als auf Online-Buchungsplattformen wie beispielsweise Booking.com. Das Parlament verbietet sogenannte Preisbindungsklauseln.

von Eva Surbeck

Der Ständerat hat am Mittwoch mit 38:7 Stimmen eine Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb für die Schlussabstimmung verabschiedet. Ziel ist es, Online-Buchungsplattformen stärker zu regulieren.

Das Parlament geht weiter, als es der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Wie der Nationalrat beschloss auch der Ständerat, dass nicht nur Preisparitätsklauseln in den Verträgen zwischen Online-Buchungsplattformen und Beherbergungsbetrieben verboten werden, sondern auch Angebots- und Konditionenparitätsklauseln. Der Ständerat folgte in diesem Punkt mit 36:9 Stimmen der Mehrheit der Rechtskommission und dem Nationalrat. Wirtschaftsminister Guy Parmelin plädierte vergeblich für die Version des Bundesrats, lediglich Preisbindungsklauseln zu verbieten.

Beat Rieder (Wallis, Mitte) sprach von einer Stärkung der KMU-Betriebe. Wenn in den beiden Krisenjahren 2020 und 2021 jemand Gewinne gemacht habe, sei es Booking.com. Diese Plattform beherrsche den Markt, stellte Pirmin Bischof (Solothurn, Mitte) fest. Die Politik müsse die internationale Kartellwelt in ihre Betrachtungen einbeziehen.

Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden, FDP) wandte ein, dass es Trittbrettfahren sei, wenn man Plattformen und deren Zugang zur Welt als Maklerinnen nutze und ihnen gleichzeitig die Kommission verweigere. Ruedi Noser (Zürich, FDP) doppelte nach, solche Vorschriften hielten innovative Firmen vom Land fern. Wer sein Hotel füllen wolle, bleibe auf Buchungsplattformen angewiesen.

«Lex Booking»

Die Vorlage geht auf einen Vorstoss von Pirmin Bischof aus dem Jahr 2016 zurück, den das Parlament an den

Bundesrat überwiesen hatte. Obwohl die Regierung dagegen war, in die Praktiken von Buchungsplattformen einzugreifen, musste sie die Forderung umsetzen. Seither hat Booking.com seine marktbeherrschende Stellung weiter ausgebaut. Gleichzeitig nimmt auch der politische Druck zu, dieser und anderen Buchungsplattformen engere Fesseln anzulegen. Die Vorlage wird deshalb auch als «Lex Booking» bezeichnet.

Booking.com weist den Vorwurf zurück, dass die Hotels «Knebelverträge» unterschreiben müssen. Chef Glenn Fogel hält denn auch nichts von der schärferen Regulierung. Booking.com sei seit über 20 Jahren in der Schweiz tätig und habe die Kommission für die Hotels nie erhöht, sagte er am Dienstag gegenüber der «Neuen Zürcher Zeitung». Beat Rieder widersprach dieser Aussage im Rat: Eine Nachfrage in seinem Hotel habe ergeben, dass die Plattform die Kommissionen sehr wohl erhöht habe, sagte er.

In den Jahren seit dem Vorstoss zur Gesetzesänderung hat Booking.com seine marktbeherrschende Stellung weiter ausgebaut.

Schweiz ist als Brückenbauerin gefragt

Heute Donnerstag soll die Schweiz erstmals in den UNO-Sicherheitsrat gewählt werden. Die Nachbarstaaten verfolgen das mit Interesse.

von Laurent Sierro und Roman Elsener

Die Schweiz soll für 2023 und 2024 in den UNO-Sicherheitsrat gewählt werden, und die Nachbarstaaten sind gespannt auf die Performance des Neulings. Die Schweiz solle den Begriff Neutralität «nicht zu wörtlich» zu nehmen, meint zum Beispiel Paris. Vor allem im Mai 2023, wenn sie den Rat präsidiere, müsse die Schweiz konkrete Ergebnisse anstreben, sagt auf Anfrage der französische Botschafter bei der UNO in New York, Nicolas de Rivière. Er

habe der Schweiz keine Ratschläge zu geben, sagte er weiter. Er hoffe aber, die Schweiz werde ihre Zeit im wichtigsten UNO-Gremium nutzen, um Lösungsvorschläge für aktuelle Krisen zu erarbeiten und voranzutreiben. De Rivière gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die Schweiz bei «heissen Situationen» nicht einfach raushalte.

Frankreich möchte bei Themen mit der Schweiz eng zusammenarbeiten, die der Schweiz am Herzen liegen, wie etwa bei humanitären Fragen oder beim Multilateralismus. So hat bereits ein Treffen mit der Schweizer UNO-

Botschafterin Pascale Baeriswyl stattgefunden. «Wir kennen die Qualität und die Professionalität der Schweizer Mission», sagt de Rivière.

Wien erwartet wertvollen Beitrag

Grosse Unterstützung erhält die Schweiz vom österreichischen UNO-Botschafter Alexander Marschik. Die Schweiz habe wie Österreich bereits gezeigt, wie ein Staat seine Werte und Vermittlungsmöglichkeiten als neutraler Staat in der UNO aktiv einbringen könne, sagt Marschik. Gerade in Zeiten grosser internationaler Herausforde-

rungen und Vertrauensdefizite zwischen den Grossmächten sei die aktive Teilnahme von kleineren und mittleren Staaten essenziell. Österreich war bereits drei Mal Mitglied des Sicherheitsrats, zuletzt 2009 und 2010. Das Land kandidiert wieder für einen Sitz für die Periode 2027 und 2028.

Der Liechtensteiner UNO-Botschafter Christian Wenaweser hofft auf einen unabhängigen und von Eigeninitiative geprägten Auftritt der Schweiz im Rat. Die Schweiz habe in Zusammenarbeit mit dem Fürstentum in den vergangenen Jahren auch als Nichtmit-

glied des Sicherheitsrates immer wieder für bessere Arbeitsmethoden des Rates gewiebelt.

Deutschland und Italien nehmen vor der Wahl des UNO-Sicherheitsrats keine Stellung. Das nördliche Nachbarland der Schweiz geht aber davon aus, dass die zur Wahl stehenden Kandidaten am Donnerstag auch gewählt werden. Danach wolle man gerne gratulieren, erklärte der Sprecher der deutschen UNO-Mission, Holger Dreiseitl. Auch die italienische UNO-Mission kündigte an, nach der Wahl einen Kommentar bereitzuhalten.